

Stadtverordnetenbüro  
Auskunft erteilt: Frau Benz  
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1023  
Telefax: 0641 306-2033  
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 28.03.2007

## **Niederschrift**

der 8. Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr

am Dienstag, dem 06.03.2007,

Kerkrade-Zimmer, Kongresshalle, Berliner Platz 2, 35390 Gießen.

Sitzungsdauer: 19:05 - 22:15 Uhr

### **Anwesend:**

#### **Stadtverordnete der CDU-Fraktion:**

Frau Dorothe Küster                      Ausschussvorsitzende  
Frau Karen-Heide Bernard  
Herr Michael Oswald  
Frau Christine Wagener  
Frau Ute Wernert-Jahn

(in Vertretung für Stv. Dr. Dittrich)

#### **Stadtverordnete der SPD-Fraktion:**

Frau Eva Janzen  
Frau Renate Schlotmann  
Herr Peter Sommer  
Herr Mehmet Tanriverdi

(in Vertretung für Stv. Bellof)

(in Vertretung für Stv. Walldorf)

#### **Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

Herr Dr. Wolfgang Deetjen  
Frau Dr. Bettina Speiser

#### **Stadtverordnete der FDP-Fraktion:**

Herr Harald Scherer

#### **Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:**

Herr Michael Beltz

### **Außerdem:**

Herr Michael Janitzki                      Die Linke.Fraktion  
Herr Heiner Geißler                      FW-Fraktion  
Frau Elke Koch-Michel                      BLG

(ab 19:15 Uhr bis 21:30 Uhr)

(bis 22:05 Uhr)

(ab 19.35 Uhr)



Auf Antrag von **Stv. Koch-Michel**, BLG, werden die Ausführungen hierzu wörtlich protokolliert:

**Stv. Dr. Deetjen**, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: „Wir stellen den Antrag auf „Nichtbefassung“, weil dieser inhaltlich identisch ist und in keinem Wort, geschweige denn einem Satz, über den Antrag vom November 2006 hinausgeht.“

**Stv. Schlotmann**, SPD-Fraktion: „Das ist auch unsere Absicht.“

**Stv. Dr. Deetjen**, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: „Das war eigentlich der Wunsch, auch der neuen Geschäftsordnung, dass Anträge nicht wahllos im Dreimonats-Abstand vorgebracht werden können. Ich dachte, es kommt wenigstens Widerspruch, dann übernehme ich auch Ihren Widerspruch. Aber Sie kennen ihn wahrscheinlich schon. Sie haben nur einen Satz inhaltlich geändert, das ist die Maissorte MON810. Diese Maissorte geht ja, so haben wir es jetzt unausgesprochen hingenommen, in den kommerziellen Bereich, also zumindest nicht im Sinne der Sicherheitsprüfung. In unserem gemeinsamen Antrag vom November 2006 haben wir ganz klar gesagt, dass der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen usw. eben nicht stattfinden soll, außer wenn es Forschung ist im Sicherheitsbereich. Da dies hier nicht der Fall ist, ist mit dem Antrag von November 2006 alles exakt abgedeckt. Daher halte ich es für überflüssig, dass wir noch einmal darüber abstimmen, weil die Abstimmung damals auch einstimmig stattfand. Wenn Sie die Punkte meinen, der Magistrat wird aufgefordert, das alles hat er damals getan, das alles hat er jetzt auch schon getan.“

**Vorsitzende**: „Danke Herr Dr. Deetjen. Herr Tanriverdi.“

**Stv. Tanriverdi**, SPD-Fraktion: „Formell dagegen.“

**Vorsitzende** lässt über den Antrag auf Nichtbefassung abstimmen: Mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP, Nein: SPD/LINKE).

Der Antrag wird von der Tagesordnung genommen.

Somit ist die Tagesordnung in der geänderten Form beschlossen.

#### **Tagesordnung:**

##### **Öffentliche Sitzung:**

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Bebauungsplan GI 03/06 "Zum Waldsportplatz"; STV/0396/2006  
**hier:** - Entscheidung über die im Rahmen der Offenlegung  
bzw. Trägerbeteiligung vorgebrachten Anregungen  
zum Bebauungsplan-Entwurf  
- Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan  
- Antrag des Magistrates vom 12.02.2007 -

3. Bebauungsplan GI 03/07 "Dulles-Siedlung";  
**hier:** Billigungsbeschluss über den Vorentwurf  
- Antrag des Magistrates vom 02.02.2007 - STV/0790/2007
4. Bebauungsplan GI 03/08 "Marshall-Siedlung";  
**hier:** Billigungsbeschluss über den Vorentwurf  
- Antrag des Magistrates vom 12.02.2007 - STV/0803/2007
5. Künftige Nutzung US-Housing Areas  
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen  
und FDP vom 25.02.2007 - STV/0843/2007
6. Einrichtung einer Arbeitsgruppe "Radverkehr"  
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen  
und FDP vom 10.02.2007 - STV/0788/2007
7. Fuß- und Radverkehrsbeauftragter  
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen  
und FDP vom 10.02.2007 - STV/0820/2007
8. Ampelerhebung  
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 02.02.2007 - STV/0791/2007
9. Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes  
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 02.02.2007 - STV/0792/2007
10. "Historische Treppe " am Bahnhofplatz  
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 26.02.2007 - STV/0829/2007
11. Antrag auf Nachbesserung für das Blinden-Leitsystem am  
Marktplatz Gießen  
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 02.02.2007 - STV/0793/2007
12. Bauleitplanung "Botanischer Garten"  
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 26.02.2007 - STV/0823/2007
13. Baumfällungen im Bereich der Wieseck zwischen  
Moltkestraße und Berliner Platz  
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 26.02.2007 - STV/0825/2007
14. Abschlussprogramm Kommunale Altlasten  
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 26.02.2007 - STV/0831/2007

- |     |  |               |
|-----|--|---------------|
| 15. | Abschlussprogramm Kommunale Altlastenbeseitigung<br>- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.02.2007 -   | STV/0839/2007 |
| 16. | Handwerkerparken<br><b>hier:</b> Ausnahmegenehmigung zum Parken für Handwerker<br>- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 26.02.2007 -             | STV/0832/2007 |
| 17. | Alternative Bestattungsformen;<br><b>hier:</b> Friedwald im Bereich der städtischen Wälder<br>- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 26.02.2007 - | STV/0834/2007 |
| 18. | Fortschreibung des Energieberichts<br>- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen<br>und FDP vom 18.02.2007 -                           | STV/0836/2007 |
| 19. | Energiebericht<br>- Antrag der SPD-Fraktion vom 27.02.2007 -   | STV/0837/2007 |
| 20. | Beseitigung der Problemflächen in Reichensand und<br>Bahnhofstraße<br>- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.02.2007 -                               | STV/0842/2007 |
| 21. | Autofreier Sonntag in der Universitätsstadt Gießen<br>- Antrag der FW-Fraktion vom 26.02.2007 -  | STV/0844/2007 |
| 22. | Fertigstellung des letzten Teilstücks Kanalsanierung<br>Wetzlarer Straße/Zum Weiher, Kleinlinden<br>- Antrag der SPD-Fraktion vom 27.02.2007 - | STV/0846/2007 |
| 23. | Verschiedenes  |               |

### **Abwicklung der Tagesordnung:**

#### **1. Bürger/-innenfragestunde**

---

Es liegen keine Fragen vor.

2. **Bebauungsplan GI 03/06 "Zum Waldsportplatz";** **STV/0396/2006**  
**hier: - Entscheidung über die im Rahmen der Offenlegung**  
**bzw. Trägerbeteiligung vorgebrachten Anregungen**  
**zum Bebauungsplan-Entwurf**  
**- Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan**  
**- Antrag des Magistrates vom 12.02.2007 -**
- 

**Antrag:**

1. Die Anregungen von Seiten der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange aus den gemäß §§ 3+4 jeweils Abs. 1 und 2 Baugesetzbuch (BauGB) durchgeführten Beteiligungsverfahren werden mit den aus der Anlage 1 hervor gehenden Ergebnissen abgewogen.
2. Der Bebauungsplan wird mit seinen zeichnerischen und planungsrechtlichen Festsetzungen (Teil A der textlichen Festsetzungen) gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.
3. Teil B (bauordnungsrechtliche Festsetzungen) der textlichen Festsetzungen wird gemäß § 81 Hessische Bauordnung (HBO) als Satzung beschlossen und i.V.m. § 9 Abs. 4 BauGB in den Bebauungsplan aufgenommen.
4. Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen.

**Stadtrat Rausch** erläutert den vorliegenden Bebauungsplan.

Auf Nachfrage von **Stv. Tanriverdi**, SPD-Fraktion, erklärt er, dass er zu den Plänen des Investors nichts sagen könne.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.

**Die Tagesordnungspunkte 3, 4 und 5 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.**

3. **Bebauungsplan GI 03/07 "Dulles-Siedlung";** **STV/0790/2007**  
**hier: Billigungsbeschluss über den Vorentwurf**  
**- Antrag des Magistrates vom 02.02.2007 -**
- 

**Antrag:**

1. Der Bebauungsplan-Vorentwurf GI 03/07 „Dulles-Siedlung“ (Anlage) sowie die eigenständigen, in den Bebauungsplan integrierten bauordnungsrechtlichen Festsetzungen (§ 81 Hess. Bauordnung HBO) und die wasserrechtliche Satzung (§ 42 Hess. Wassergesetz HWG) wird mit seiner Begründung und der darin

enthaltenen Umweltverträglichkeits-Vorprüfung gebilligt.

2. Auf Grundlage des Beschlusses zu Nummer 1 sind die frühzeitigen Beteiligungsverfahren für die Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 sowie die Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch BauGB durchzuführen.

**Stadtrat Rausch** führt aus, der Abzug der US-Army aus den innerhalb des Plangeltungsbereiches militärisch genutzten Liegenschaften noch in diesem Jahr stehe fest. Die Freigabe des Areals und die Übergabe an die Bundesimmobilienverwaltung (BIMA) werde für 2007/2008 erwartet. Die BIMA habe ihr Interesse an einer baldigen Vermarktung bereits bekundet.

Mit der Zustimmung zu den Bebauungsplänen sollen einerseits die städtischen Planungsziele konkretisiert und andererseits die Grundlage für die erforderlichen Beteiligungsverfahren geschaffen werden.

Sowohl bei der eigentlichen Dulles-Siedlung als auch bei der Marshall-Siedlung handelt es sich um große Wohneinheiten in gutem Zustand, die durchaus erhaltenswert seien.

Auf Nachfrage von Stv. Beltz, Die Linke. Fraktion, erläutert **Stadtrat Rausch**, dass die US-Streitkräfte definitiv im Oktober diesen Jahres abziehen. Der Bebauungsplan trete dann in Kraft, wenn die Freigabe durch den Bund erklärt werde.

**Stv. Beltz**, Die Linke.Fraktion, möchte wissen, welche Rolle die Wohnbau beim Kauf der bestehenden Wohneinheiten spielen könne.

**Stadtrat Rausch** ist der Ansicht, dass die Wohnbau nicht über die finanziellen Mittel verfüge, um Teile der Wohneinheiten zu erwerben.

Auf die Frage von **Stv. Beltz**, wie die Stadt Grundstücksspekulationen vermeiden wolle, antwortet **Stadtrat Rausch**, dass der Verkauf die Angelegenheit der Bundesrepublik Deutschland sei und nicht die der Stadt Gießen. Über die Kostenfrage werde ein Gutachten erstellt werden müssen. Er könne hier lediglich eine unverbindliche Schätzung abgeben und halte, nur für die Wohneinheiten, ein Betrag von ca. 150 Millionen Euro für realistisch.

**Stv. Schlotmann** erklärt, die SPD-Fraktion stimme im Grundsatz mit den Zielen der Bebauungspläne überein.

**Stv. Wernert-Jahn** macht deutlich, dass die CDU-Fraktion die beiden Bebauungspläne des Magistrats unterstütze.

**Stv. Scherer** signalisiert die Zustimmung der FDP-Fraktion. Er vertritt die

Auffassung, dass im Augenblick mehr als Sicherungspolitik nicht nötig sei.

**Stv. Janitzki**, Die Linke.Fraktion, ist der Ansicht, dass ein Bebauungsplan für das US-Depot fehle.

**Stadtrat Rausch** erläutert, dass der Sachverhalt hier völlig anders sei. Zum einen solle AFEES an diesem Standort bleiben, zum anderen werde in diesem Bereich vieles dem Naturschutz unterliegen. Außerdem wisse man nicht genau, was auf diesem Areal zu erwarten sei. Der Magistrat habe nicht die Möglichkeit dieses Gelände einfach zu besichtigen, da es sich um eine militärisch genutzte Liegenschaft handele.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.  
(Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: Linke)

**4. Bebauungsplan GI 03/08 "Marshall-Siedlung"; STV/0803/2007**  
**hier: Billigungsbeschluss über den Vorentwurf**  
**- Antrag des Magistrates vom 12.02.2007 -**

---

**Antrag:**

1. Der Bebauungsplan-Vorentwurf GI 03/08 „Marshall-Siedlung“ (Anlage) sowie die eigenständigen, in den Bebauungsplan integrierten bauordnungsrechtlichen Festsetzungen (§ 81 Hess. Bauordnung HBO) und die wasserrechtliche Satzung (§ 42 Hess. Wassergesetz HWG) wird mit seiner Begründung und der darin enthaltenen Umweltverträglichkeits-Vorprüfung gebilligt.
2. Auf Grundlage des Beschlusses zu Nummer 1 sind die frühzeitigen Beteiligungsverfahren für die Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 sowie die Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch BauGB durchzuführen.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.

**5. Künftige Nutzung US-Housing Areas STV/0843/2007**  
**- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und**  
**FDP vom 25.02.2007 -**

---

**Antrag:**

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, welche Gebäude- und Freiflächen die Stadt zukünftig aus dem Areal der freiwerdenden amerikanischen Flächen übernehmen kann, um die Infrastruktur in dem Gebiet der Marshall- und Dulles-Siedlung als Wohnflächen zukünftig aufrecht erhalten zu können.

**Stv. Geißler**, FW-Fraktion erklärt, vor nicht allzu langer Zeit wurde die FW-Fraktion gebeten, einen ähnlichen Antrag zurückzuziehen mit der Begründung, dass er verfrüht sei. Aus diesem Grund sei er doch etwas verwundert über den Antrag der Koalition. Seiner Fraktion gehe der Antrag nicht weit genug. Er kündigt für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung einen entsprechenden Änderungsantrag an.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**6. Einrichtung einer Arbeitsgruppe "Radverkehr" STV/0788/2007  
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und  
FDP vom 10.02.2007 -**

---

**Antrag:**

Der Magistrat wird gebeten, eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe Radverkehr einzurichten und dazu auch externe Experten z.B. der Polizei und der Verkehrsverbände einzuladen.

Diese soll die Fortschreibung und Umsetzung des Radverkehrsentwicklungsplans begleiten.

**Stv. Dr. Speiser**, Bündnis 90/Die Grünen begründet den Antrag.

**Stv. Schlotmann** signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion und zeigt sich erfreut darüber, dass die Koalition das Thema aufgegriffen habe.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.

**7. Fuß- und Radverkehrsbeauftragter STV/0820/2007  
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und  
FDP vom 10.02.2007 -**

---

**Antrag:**

Der Magistrat wird gebeten, aus der Verwaltung einen Ansprechpartner/in für die Belange des Fuß- und Radverkehrs zu benennen.

Im Internet soll eine Möglichkeit geschaffen werden, die es Fußgängern und Radfahrern ermöglicht, ihre Anregungen zu formulieren und gezielt an diese Stelle weiterzuleiten.

**Beratungsergebnis:** Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

8. **Ampelerhebung**  
**- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 02.02.2007 -**

STV/0791/2007

**Antrag:**

Der Magistrat wird gebeten durch eine Ampelerhebung festzustellen, wie viele der in Gießen vorhandenen Ampeln mit einer Zusatzausstattung für Blinde und Sehbehinderte versehen sind.

Des Weiteren soll festgestellt werden, wie viele davon mit Vibration- oder Akustiksignal bzw. mit beidem ausgestattet sind.

Nach ausführlicher Diskussion über die Intention des Antrages **wird die Sitzung von 20:30 Uhr bis 20:35 Uhr.**

Im Einvernehmen mit allen Ausschussmitgliedern wird **Frau Ilona Jaenisch**, Leiterin der Bezirksgruppe Oberhessen des Blinden- und Sehbehindertenbundes, die als ZuhörerIn anwesend ist, das Wort erteilt.

Sie erklärt, dem Blindenbund gehe es darum zu erfahren, welche Ampeln mit einer Zusatzausstattung für Blinde und Sehbehinderte versehen sind, da man beabsichtige, einen Stadtplan zu erstellen, in dem diese Ampeln entsprechend gekennzeichnet sind.

**Stv. Tanriverdi**, SPD-Fraktion, protestiert nachträglich gegen die Absetzung des Tagesordnungspunktes „*Ablehnung der Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen, Antrag der SPD-Fraktion vom 26.02.2007, STV/0841/2007*“ durch Mehrheitsbeschluss. Diese Verfahrensweise sei weder in der HGO noch in der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung begründet.

**Stv. Schlotmann**, SPD-Fraktion, regt an, **den Antragstext wie folgt zu ändern:**

„..... durch eine Ampelerhebung festzustellen, **welche** der in Gießen .....

.....soll festgestellt werden, **welche** davon mit Vibrations- oder.....“

Die Anregung wird von der antragstellenden Fraktion übernommen und der Antrag entsprechend geändert.

**Beratungsergebnis:** Geändert einstimmig zugestimmt.

**Die Tagesordnungspunkte 9 + 10 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.**

9. **Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes**  
**- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 02.02.2007 -**

STV/0792/2007

---

**Antrag:**

Der Magistrat der Stadt Gießen wird beauftragt, dafür zu sorgen, dass die denkmalgeschützte Treppe zu Alter Wetzlarer Weg/Friedrichstraße mit Beratung von Steinmetzen und anderen Fachleuten, erhalten wird.

Des Weiteren sind in die Planungen für die Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes Busfahrer, Fahrgäste von Bus und Bahn, Blinde und Sehbehinderte sowie Rollstuhlfahrer bzw. ihre Vertretungen einzuladen.

**Stv. Beltz**, Die Linke.Fraktion, **ändert den Antragstext im 2. Absatz wie folgt:**

„...sowie Rollstuhlfahrer bzw. ihre Vertretungen **einzubinden.**“

**Beratungsergebnis:** Geändert mehrheitlich abgelehnt.  
(Nein: CDU/GR/FDP; Ja: LINKE; StE: SPD)

10. **"Historische Treppe " am Bahnhofplatz**  
**- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 26.02.2007 -**

STV/0829/2007

---

**Antrag:**

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten:

- In welchem baulichen Zustand befindet sich die „Historische Treppe“ am Bahnhofsvorplatz?
- Welche Kosten müssten für eine Sanierung veranschlagt werden?
- Könnte die Stadt Gießen Drittmittel für die Sanierung beantragen?

**Stv. Scherer**, FDP-Fraktion, äußert, es bestehe Konsens zwischen allen Fraktionen, dass es wünschenswert sei, die Treppe zu erhalten. Er ist allerdings der Meinung, dass der Antrag der Fraktion Die Linke. zu weit gehe. Er halte den BLG-Antrag für sinnvoller.

Er regt an, **den Antrag der BLG wie folgt zu ändern bzw. zu erweitern:**

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten **im Rahmen der Planungen** zu berichten:

- In welchem baulichen Zustand befindet sich die „Historische Treppe“ am Bahnhofsvorplatz?
- Welche Kosten müssten **für einen Nachbau** veranschlagt werden?
- Könnte die Stadt Gießen Drittmittel für die Sanierung beantragen?“

**Stv. Schlotmann**, SPD-Fraktion, **schlägt vor, den Antrag wie folgt zu ergänzen:**

*„Der Magistrat der Stadt Gießen wird beauftragt, die Planung für den Bahnhofsvorplatz so zu gestalten, dass das Erscheinungsbild des Treppenaufgangs zum Alten Wetzlarer Weg entweder durch Erhalt der gegenwärtigen Bausubstanz oder durch einen historisierenden Nachbau so weit wie möglich erhalten bleibt.“*

**Stv. Koch Michel** erklärt, dass sie die Anregung von Stv. Scherer bzw. Stv. Schlotmann gerne übernehme und ändert den Antrag entsprechend.

**Beratungsergebnis:** Geändert einstimmig zugestimmt.

**11. Antrag auf Nachbesserung für das Blinden-Leitsystem am Marktplatz Gießen** **STV/0793/2007**  
**- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 02.02.2007 -**

---

**Antrag:**

Der Magistrat der Stadt Gießen erhält folgenden Auftrag:

Für Leitstreifen auf Gussasphalt muss der benachbarte Splitmastix-Belag umgearbeitet werden, so dass hinreichend glatte, mindestens 30 cm breite Begleitstreifen entstehen, welche taktil deutlich anders als die Leitstreifen wahrgenommen werden.

Dies betrifft drei Leitstreifen auf der östlichen Platzseite im Splitmastix-Bereich:

1. Die linken und rechten Seiten der beiden senkrecht zum Kasseler Bord hinführenden Leitstreifen.
2. Die vom Kasseler Bord abgewandte Seite des parallel dazu verlaufenden Leitstreifens, zumindest da, wo keine Bordsteinkante tastbar ist.

An der Einmündung der Schulstraße zum Marktplatz sind Rillenplatten als Schutzstreifen (DIN 32984, Nr. 6, Seite 9) parallel zur Fahrbahn zu verlegen, in einer Breite von 750 mm und in der Länge derart, dass die Rillenplatten an einer mindestens 3 cm hohen Bordsteinkante anschließen.

Die Noppen für Aufmerksamkeitsfelder sind im Anschluss an entsprechende Gutachten so zu gestalten, dass sie mit dem Taststock hinreichend von den Rillen der Leitstreifen unterscheidbar sind.

Die genannten Aufträge sind mit den Vertretern des „Blinden- und Sehbehindertenbund“, mit denen (wie aus dem z. T. wörtlich übernommenen Text ersichtlich ist) dieser Antrag abgestimmt ist, gemeinsam zu planen.

**Stadtrat Rausch** teilt mit, im Rahmen der Planungen des Vorhabens Marktplatz-Marktstraße-Neustadt seien sowohl die Blindenstudienanstalt in Marburg (BLISTA), der Blindenbund Bezirksgruppe Oberhessen, der Gießener Arbeitskreis für Behinderte sowie die Behindertenbeauftragte der Universitätsstadt Gießen in ihrer Funktion als Träger öffentlicher Belange eingebunden.

Das umgesetzte Blindenleitsystem im Rahmen der Umgestaltung des Marktplatzes folgte hierbei weitgehend den planerischen Vorstellungen der örtlichen Vertreter des Blindenbundes, die maßgeblich durch die Eheleute Jaenisch aus Gießen vorgebracht wurden.

Nach Fertigstellung des Marktplatzes wurde am 18.06.2006 auf Bitten des Blindenbundes mit den Eheleuten Jaenisch, den Freiflächenplanern des Büros ANP, der städtischen Behindertenbeauftragten sowie der projektsteuernden Hessenagentur, des Stadtplanungsamtes und des Tiefbauamtes eine Nachbetrachtung des Blindenleitsystems vorgenommen. Dabei wurde von den Blindenvertretern der Wunsch geäußert, die Leitstreifen, welche in Gussasphalt hergestellt wurden anstelle des rauen Splittmastix-Belag, mit einem glatten Belag seitlich zu umranden, damit die taktile Wahrnehmung der Leitstreifen mit einem Blindenstock verbessert werden könne.

Inzwischen wurde ein Probefeld mit einer solchen speziellen Oberfläche angelegt. Die abschließende Beurteilung der Dauerhaftigkeit und einer gemeinsamen Beprobung dieses glatten Streifens mit Blinden-Vertretern stehen noch aus und werden in Kürze erfolgen. Außerdem musste noch ein inzwischen vorliegendes Gutachten zur Beschaffenheit eingebauter bituminöser Oberflächen abgewartet werden.

Im Mai 2006 wurde von den Blindenvertretern der Wunsch der Verbesserung der Erkennbarkeit der Querungsstelle, im Übergangsbereich Marktplatz/Schulstraße geäußert. Hierzu soll u. a. am Anfang der Schulstraße die Querung mit einer 3cm hohen Bordsteinkante am Rande der Gehwegfläche versehen werden. Die Ausführung dieser Kantenbildung solle mit Anhebung des Pflasterbelages am Bordstein durch den städtischen Bauhof im Rahmen der noch durchzuführenden Nacharbeiten demnächst erfolgen. Zusätzliche Noppen im Bereich der ausreichend dimensionierten Aufmerksamkeitsfelder können aus Gründen der dann zu starken Häufung der Noppen auf diesen Flächen wegen der Beeinträchtigung der Ebenheit für andere Fußgänger nicht umgesetzt werden.

Aufgrund der bisher erfolgten engen Abstimmung mit der städtischen Behindertenbeauftragten und den Vertretern des heimischen Blindenbundes werden auch die noch ausstehenden Tätigkeiten selbstverständlich unter deren Einbeziehung weitergeführt.

**Stv. Stv. Beltz**, Die Linke.Fraktion, bittet, Frau Jaenisch vom Blindbund zu diesem TOP erneut zu hören.

**Frau Jaenisch** führt aus, das Problem sei, dass der Splittmastixbelag sehr viel rauer sei als er eigentlich sein sollte. Der innere Leitstreifen sei so rau, dass der

Blindenstock einfach darüber weglaufe.

**Stv. Schlotmann**, SPD-Fraktion, hält den Antrag trotz der Ausführungen von Stadtrat Rausch für berechtigt, da der Marktplatz noch nicht endgültig Blindengerecht ausgestattet sei.

**Stadtrat Rausch** entgegnet, es fehle lediglich noch die Umsetzung der Umrandung der Leitstreifen mit einem glatteren Belag, da - wie bereits erwähnt - die abschließende Beurteilung der Dauerhaftigkeit und eine gemeinsame Begehung des Probefeldes noch ausstehe.

**Stv. Scherer**, FDP-Fraktion, hält es für sinnvoll, die derzeit noch laufenden gutachterlichen Untersuchungen zur Beschaffenheit der bituminösen Oberfläche abzuwarten. Er empfiehlt der antragstellenden Fraktion, den Antrag zurückzustellen bis die Ergebnisse der Erprobung vorliegen, dann könne man erneut darüber beraten.

**Bürgermeisterin Weigel-Greilich** führt aus, im Moment werde erprobt, ob alles was beantragt wurde, auch so ausgeführt werden könne. Insofern sei der Antrag überflüssig.

**Stv. Beltz**, Die Linke.Fraktion, **ändert für die Antragsteller die Vorlage wie folgt:**

Der Satz „Antrag auf Nachbesserung für das Blinden-Leitsystem am Marktplatz Gießen“ **wird gestrichen.**

**Es folgt als Einleitung:**

*„Der Magistrat der Stadt Gießen erhält folgenden Auftrag:  
Zu den folgenden Punkten sind entsprechenden Prüfergebnisse vorzulegen und die zu erwartenden finanziellen Aufwendungen zu nennen.“*

**Beratungsergebnis:** Geändert einstimmig zugestimmt.

**12. Bauleitplanung "Botanischer Garten"  
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 26.02.2007 -**

**STV/0823/2007**

---

**Antrag:**

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, weitere bauleitplanerische Schritte für den Bebauungsplanbereich „Botanischer Garten“ einzuleiten und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlusslage vorzulegen.

Weiterhin ist zu berichten, wann die Durchführung der Beteiligung der Bürger und Träger öffentlicher Belange stattgefunden hat und ob die Abwägung dieser bereits erfolgt ist.

**Stadtrat Rausch** erklärt, alle Fraktionen haben ein Schreiben des Magistrats an Herrn Volker Dräbing zur Bauleitplanung „Botanischer Garten“ in Kopie bekommen. Daraus sei jetzt wohl dieser Antrag entstanden. Das Schreiben wird dem Protokoll als **Anlage 1** beigelegt.

Der aktuelle Stand des Planungsverfahrens hinsichtlich Botanischer Garten sehe so aus, dass das Bauleitverfahren nicht weitergeführt wurde, da mit dem Aufstellungsbeschluss die Planziele, d. h. der Erhalt dieser historischen und wertvollen Grünanlagen gesichert sei. Nach Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplanes, und nur darum habe es sich bisher gehandelt, besteht die Möglichkeit, eingehende Bauanträge bzw. Bauvoranfragen für ein Jahr zurückzustellen bzw. Vorhaben zu untersagen. Nach Ablauf dieses Zeitraums gebe es eine weitere rechtliche Sperrmöglichkeit gegen unerwünschte Entwicklung. Damit habe die Stadt, wenn konkrete Projekte an sie herangetragen werden, ausreichend Zeit zu reagieren und könne bei Bedarf das Bauleitverfahren kurzfristig unter Berücksichtigung aktueller Anforderungen weiter fortführen. Schwieriger als planungs- und wohnrechtliche Sicherung der derzeitigen Nutzung dürfte die Lösungsfindung einer nachhaltigen gesicherten Trägerschaft für die Einrichtung sein. Eine Sicherung sei in jedem Fall vorhanden.

**Stv. Koch-Michel**, BLG, erklärt, sie werde den Antrag bis zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zurückstellen und bittet Stadtrat Rausch, ihr das Schreiben an Herrn Dräbing vorher zukommen zu lassen.

Auf Antrag des Stv. Janitzki, Die Linke-Fraktion, werden die nachfolgenden Ausführungen wörtlich protokolliert.

**Stv. Janitzki, Die Linke-Fraktion:** „Konnte man aus ihren Ausführungen heraushören, dass also bisher keine Beteiligung der Bürger erfolgt ist?“

**Stadtrat Rausch:** „Nein, weil das Verfahren noch nicht so weit ist.“

**Stv. Janitzki:** „Können Sie sagen, wann das in etwa zu erwarten ist?“

**Stadtrat Rausch:** „Das kann ich Ihnen so nicht sagen. Ich kann keinen Zeitraum nennen.“

**Stv. Janitzki:** „Herr Rausch, Sie können nicht immer auf so eine Frage, wenn man es terminiert, nicht immer antworten, das kann ich Ihnen nicht sagen.“

**Stadtrat Rausch:** „Das kann ich Ihnen auch nicht sagen. Wenn ich jetzt sage Sommer und das stimmt nicht, dann sagen Sie auch, das wäre falsch.“

**Stv. Janitzki:** „Sie müssen doch abschätzen können als Planungsdezernent, in welchem Zeitraum das zu erfolgen ist, ob in diesem, im nächsten oder übernächsten Jahr?“

**Stadtrat Rausch:** „Ich kann es Ihnen nicht sagen.“

**Beratungsergebnis:** Bis zur Stadtverordnetensitzung zurückgestellt.

**13. Baumfällungen im Bereich der Wieseck zwischen Moltkestraße und Berliner Platz - Antrag der Bürgerliste Gießen vom 26.02.2007 -** **STV/0825/2007**

---

**Antrag:**

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten, aus welchem Anlass im Bereich der Wieseck zwischen Moltkestraße und Berliner Platz Baumfällungen stattgefunden haben.

Wie hoch war die Anzahl, Art der Bäume und welchen Stammumfang hatten diese? Sollen noch weitere Bäume, Sträucher in diesem Bereich entfernt werden? Werden Ersatzpflanzungen vorgenommen, an welcher Stelle und welche Anzahl? Sind die Fällungen im Zusammenhang mit der Bautätigkeit „Berliner Platz“ zu sehen?

**Bürgermeisterin Weigel-Greilich** verliest eine Stellungnahme des Gartenamtes zu diesem Antrag.

Die Stellungnahme ist der Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt.

**Stv. Koch-Michel**, BLG, erklärt, sie werde diesen Antrag ebenfalls bis zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zurückstellen und bittet, ihr die Stellungnahme des Gartenamtes vorher zukommen zu lassen.

**Beratungsergebnis:** Bis zur Stadtverordnetensitzung zurückgestellt.

**Die Tagesordnungspunkte 14 und 15 werden zur gemeinsamen Beratung aufgerufen.**

**14. Abschlussprogramm Kommunale Altlasten - Antrag der Bürgerliste Gießen vom 26.02.2007 -** **STV/0831/2007**

---

**Antrag:**

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten,

- Ob sich in der Stadt Gießen noch Altflächen befinden? Bitte um Benennung dieser.
- Wurde für diese Fläche eine Aufnahme in das Landesprogramm (Frist 31.07.2007) beim zuständigen Regierungspräsidium beantragt?

**Bürgermeisterin Weigel Greilich** führt aus, dass die Aufnahme in das Landesprogramm fristgerecht beantragt wurde und die Stadtverordneten einen umfassenden Bericht bekommen werden.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.

**15. Abschlussprogramm Kommunale Altlastenbeseitigung STV/0839/2007**  
**- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.02.2007 -**

---

**Antrag:**

Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten darüber zu berichten, ob er eine Voranmeldung zum Abschlussprogramm kommunaler Altlastenbeseitigung des Hessischen Ministeriums für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Untersuchung und ggf. Sanierung von Altlasten eingereicht und welche Altlasten er dabei berücksichtigt hat.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt  
(Ja: 4 CDU/SPD/GR/FDP/LINKE; StE: 1 CDU).

**16. Handwerkerparken STV/0832/2007**  
**hier: Ausnahmegenehmigung zum Parken für Handwerker**  
**- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 26.02.2007 -**

---

**Antrag:**

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten, ob in Absprache mit der Kreishandwerkerschaft, ein so genanntes „Handwerkerparken“, dass Handwerkern mit der Erwerbung eines Sonderausweises ermöglichen soll, während ihrer Aufträge auch in Verbotszonen zu parken, eingerichtet werden kann.

**Stv. Koch-Michel** begründet den Antrag.

Auf Anregung von **Stv. Scherer**, FDP-Fraktion, **streicht sie die Worte:**

*....in Absprache mit der Kreishandwerkerschaft...“*

**Beratungsergebnis:** Geändert einstimmig zugestimmt.

**17. Alternative Bestattungsformen; STV/0834/2007**  
**hier: Friedwald im Bereich der städtischen Wälder**  
**- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 26.02.2007 -**

---

**Antrag:**

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird geben zu berichten,

- Ob es von Seiten der Stadt Gießen bereits Überlegungen, Planungen gibt einen Friedwald im Bereich der städtischen Wälder einzurichten?
- Welche Gründe würden gegen eine Einrichtung sprechen?
- In welchem Bereich der städtischen Wälder könnte der Magistrat eine Genehmigung für einen Friedwald erteilen?

Zur Begründung führt **Stv. Koch-Michel** aus, dass es bereits im August 2006 einen ähnlichen Antrag der SPD-Fraktion gegeben habe. Damals habe der Magistrat geantwortet, dass es aus rechtlichen Gründen nicht möglich sei, einen Friedwald einzurichten. Ihren Informationen nach gebe es einen Gesetzentwurf im Landtag der, falls er so verabschiedet werde, die Einrichtung von Friedwäldern ermögliche.

**Bürgermeisterin Weigel-Greulich** erklärt, dass dies zutreffend sei und sie den Berichtsantrag so aufnehmen werde. Sie wolle vorab schon ein paar Dinge sagen, vorbehaltlich dass der Gesetzentwurf wie vorgelegt verabschiedet werde.

Es zeichne sich ab, dass der Begriff „Friedwald“ als solcher nicht mehr verwendet werden dürfe, da es sich um einen geschützten Begriff handle. Es werde aller Voraussicht nach in Zukunft „Ruhewald“ heißen. Außerdem bedarf es nicht mehr einer Genehmigung durch den RP, sondern durch die Kommune. Es werde gewisse Einschränkung geben gegenüber dem, was zur Zeit am Reinhardswald in Kassel und andernorts gemacht werde.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.

**Die Tagesordnungspunkte 18 und 19 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.**

**18. Fortschreibung des Energieberichts STV/0836/2007**  
**- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und**  
**FDP vom 18.02.2007 -**

---

**Antrag:**

1. Der Magistrat wird gebeten, den Energiebericht in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken fortzuschreiben.
2. Bei der Renovierung städtischer Gebäude, insbesondere bei Schulen, sollen Energieeinsparungen potentiell genutzt werden.
3. Im Rahmen der Haushaltsumstellung auf die Doppik sollen die Energiekosten der einzelnen Gebäude gesondert aufgeführt werden.
4. Die Stadt Gießen tritt dem Klimabündnis bei.

**Stv. Schlotmann** erklärt, die SPD-Fraktion werde dem Antrag der Koalition zustimmen. Sie ist der Auffassung, dass der SPD-Antrag ergänzend hierzu gesehen werden könne und bittet um Zustimmung.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.

**19. Energiebericht  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 27.02.2007 -**

**STV/0837/2007**

**Antrag:**

Der Magistrat der Stadt Gießen wird aufgefordert einen Energiebericht für die städtischen Liegenschaften einschließlich der Stadthallen GmbH zu erstellen. In diesem Bericht ist der Status-Quo des Energieeinsatzes zu erfassen. Gleichzeitig sind die Möglichkeiten zu einem effizienteren Energieeinsatz aufzuzeigen und die bei Maßnahmen entstehenden Kosten und Einsparungen gegenüberzustellen. Um die regionalen Kräfte zu bündeln ist bei der Erstellung des Energieberichtes die Klimaschutz- und Energieagentur Mittelhessen (KEM) einzubeziehen.

**Beratungsergebnis:** Mehrheitlich abgelehnt  
(Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).

**20. Beseitigung der Problemflächen in Reichensand und  
Bahnhofstraße  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.02.2007 -**

**STV/0842/2007**

**Antrag:**

Der Magistrat wird gebeten darüber zu berichten, welche Maßnahmen er entwickelt und vorsieht, um die Bebauung und damit die Beseitigung der Problemflächen Reichensand (Samen-Hahn) und Bahnhofstraße (Alte Post) zu realisieren.

**Stv. Scherer**, FDP-Fraktion, erklärt, seine Fraktion werde diesem Antrag nicht zustimmen. Er vertritt die Auffassung, dass zunächst die Maßnahme an der Südanlage in Angriff genommen werden solle. Eine Maßnahme sei zunächst

ausreichend.

Außerdem gebe es für die zwei im Antrag genannten Grundstücke bereits zwei Aufstellungsbeschlüsse zum Bebauungsplan.

**Beratungsergebnis:** Mehrheitlich abgelehnt  
(Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).

**21. Autofreier Sonntag in der Universitätsstadt Gießen  
- Antrag der FW-Fraktion vom 26.02.2007 -**

**STV/0844/2007**

---

**Antrag:**

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert einen jährlich wiederkehrenden „autofreien Sonntag“ im Gebiet der Universitätsstadt Gießen einzuführen.

**Stv. Geißler**, FW-Fraktion, begründet den Antrag. Er führt aus, natürlich sei der FW-Fraktion bewusst, dass man mit einer solchen Aktion tatsächlich nur einen sehr kleinen Beitrag zum Klimaschutz leisten könne. Vielleicht gelinge es aber zu einem umweltfreundlicheren Verhalten anzuregen.

**Stv. Dr. Deetjen**, Bündnis 90/Die Grünen, bemerkt, aus dem Antragstext sei nicht klar ersichtlich, was die FW-Fraktion eigentlich wolle. **Er stellt folgenden Änderungsantrag:**

*„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert zu prüfen, mit welchem organisatorischen und finanziellen Aufwand die Durchführung eines autofreien Sonntags im Kerngebiet der Stadt Gießen verbunden ist und über die Ergebnisse und die verschiedenen Möglichkeiten zu berichten.“*

*Begründung:*

*Autofreie Sonntage erfreuen sich in einigen mitteleuropäischen Ländern zunehmender Beliebtheit. Auf Grund der aktuellen Debatte über den Klimaschutz wird dies zunehmen und sowohl einen tatsächlichen - wenn auch nur kleinen - Beitrag zum Klimaschutz leisten, als auch einen Nachahmungseffekt haben können. In Deutschland, Österreich und der Schweiz finden autofreie Sonntage vorwiegend auf längeren, landschaftlich reizvollen Strecken statt, die auf Bundes- oder Landstraßen überörtlich verlaufen, sind also nicht auf einen Ort beschränkt. In Italien werden seit 2000 in vielen Großstädten ausschließlich die Innenstädte an mehreren Sonntagen im Jahr für den Auto- und Motorradverkehr (einschließlich Vespa) gesperrt. Die Organisation, der Ablauf und die Ausnahmen werden von jeder Stadt selbständig geregelt.“*

Der Änderungsantrag wird von der antragstellende Fraktion übernommen.

**Beratungsergebnis:** Geändert einstimmig zugestimmt.

**22. Fertigstellung des letzten Teilstücks Kanalsanierung  
Wetzlarer Straße/Zum Weiher, Kleinlinden  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 27.02.2007 -**

---

**STV/0846/2007**

**Antrag:**

Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, sich bei den Mittelhessischen Abwasserbetrieben dafür einzusetzen, dass noch im Jahr 2007 das letzte Teilstück des zweischrittigen Bauverfahrens der projektierten Kanalsanierung Wetzlarer Straße/Zum Weiher in Kleinlinden fertig gestellt wird.

**Stadtrat Rausch** erklärt, es handele sich hierbei um eine reine Angelegenheit des Ortsbeirates. Er zeigt sich verwundert darüber, dass ein Antrag des Ortsbeirates in der Stadtverordnetenversammlung behandelt werden solle.

In Sachen Kanalsanierung Wetzlarer Straße/Zum Weiher sei bereits 13x im Ortsbeirat berichtet worden. Die beiden letzten Antworten der Verwaltung sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Hintergrund für die Verzögerung der Maßnahme sei, dass ein Regenrückhaltebecken für nötig gehalten wird. Dafür seien Grundstücksankäufe nötig und einer der Eigentümer sei nach wie vor nicht zum Verkauf bereit. Im Moment werde geprüft, ob mit geänderten Randbedingungen das Projekt an anderer Stelle umgesetzt werden könne. Der Magistrat sei seit langem tätig, der Antrag somit überflüssig.

**Stv. Janzen** erklärt, die SPD-Fraktion werde den Antrag bis zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zurückstellen. Dort könne Stv. Puhl als Antragsteller selbst darlegen, warum er es notwendig hält, dass sich auch die Stadtverordnetenversammlung mit der Angelegenheit befasst.

**Beratungsergebnis:** Bis zur Stadtverordnetensitzung zurückgestellt.

**23. Verschiedenes**

---

- **Stv. Tanriverdi**, SPD-Fraktion, erklärt, dass es seiner Meinung nach nicht zulässig war, den in der Einladung als TOP 19 aufgeführten Punkt „Ablehnung der Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen, Antrag der SPD-Fraktion vom 26.02.2007, STV/0841/2007“ durch Mehrheitsbeschluss von der Tagesordnung zu nehmen. Diese Verfahrensweise sei weder in der HGO noch in der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung begründet.

Wenn diese Verfahrensweise zulässig sei, dann haben Fraktionen, die in

der Minderheit sind, keine Chance im Parlament einen Antrag einzubringen. Er bittet die Vorsitzende, den Beschluss, den Antrag von der Tagesordnung zu nehmen, zurückzunehmen, da ihm jegliche rechtliche Grundlage fehle und den Antrag heute zu behandeln.

**Vorsitzende** erklärt, dem Antrag auf Nichtbefassung sei mehrheitlich zugestimmt worden und somit sei die Vorlage nicht mehr auf der Tagesordnung. Sie schlägt vor, die Angelegenheit durch das Rechtsamt prüfen zu lassen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

- **Bürgermeisterin Weigel-Greilich** merkt an, dass die Stv. Koch-Michel, BLG, in der letzten Stadtverordnetensitzung am 08.02.2007 zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan GI 01/23 „St. Josefs-Krankenhaus“ einen Änderungsantrag bzgl. Dachbegrünung gestellt habe. Frau Koch-Michel habe von ihr die Auskunft erhalten, dass eine Dachbegrünung aus krankenhaushmäßigen hygienischen Gründen nicht möglich sei. Sie erklärt, dass sie „im Eifer des Gefechts“ „Dachbegrünung“ mit „Fassadenbegrünung“ verwechselt habe und bittet das Versehen zu entschuldigen.
- **Stv. Schlotmann**, SPD-Fraktion, führt aus, dass sie gehört habe, dass die Dachfläche des neuen Rat- und Stadthauses umgeplant werden solle. Sie möchte gerne wissen, wie der Stand der Umplanung ist, warum umgeplant werde und wie hoch die Kosten dafür sind.

**Stadtrat Rausch** sagt eine schriftliche Antwort zu.

- **Vorsitzende** teilt mit, dass die nächste Sitzung des Ausschusses am **Dienstag, 24.04.2007, 19:00 Uhr**, stattfindet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

**DIE VORSITZENDE:**

(gez.) Küster

**DIE SCHRIFTFÜHRERIN:**

(gez.) Benz